

Aus:

Thorsten Gerald Schneiders (Hg.)

Salafismus in Deutschland

Ursprünge und Gefahren

einer islamisch-fundamentalistischen Bewegung

Oktober 2014, 464 Seiten, kart., 27,99 €, ISBN 978-3-8376-2711-4

»Nicht alle Salafisten sind Terroristen, aber alle uns bekannten islamistischen Terrorverdächtigen haben einen salafistischen Hintergrund.«

So beschreiben deutsche Innenpolitiker ein wachsendes Problem: Junge Menschen brechen auf, um in den Krieg nach Syrien oder in den Irak zu ziehen. Manche verüben dort Gräueltaten und rühmen sich damit im Internet. Die meisten bleiben in Deutschland, lehnen Gewalt ab und folgen strengsten Glaubensregeln.

Wer sind die Salafisten, was wollen sie, wen bedrohen sie? Dieser Band gibt umfassend Antworten. Renommiertere Experten ordnen den Salafismus in die islamische Geschichte sowie in den deutschen Gesellschaftskontext ein und schlagen Strategien für den Umgang mit dem Phänomen vor. Zudem berichten Betroffene über ihre Erfahrungen mit Salafisten.

Thorsten Gerald Schneiders ist Islam- und Politikwissenschaftler, Sozialpädagoge und ausgebildeter Redakteur. Zuletzt lehrte er am Centrum für Religiöse Studien der Universität Münster.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-2711-4

Salafismusprävention zwischen Sicherheitsbehörden und zivilgesellschaftlichen Trägern¹

Hazim Fouad und André Taubert

1. EINLEITUNG

Im Zuge der Ausreisen deutscher Jugendlicher und junger Erwachsener zur Beteiligung am Bürgerkrieg in Syrien mehren sich die Stimmen, die neben rein repressiven und in ihrer Wirkung begrenzten Maßnahmen eine Ausweitung von Präventionsangeboten fordern (Hamburger Abendblatt, 11.4.2014: »Islamismus als Jugendkultur«). Jungen Menschen in Problemlagen soll vorzeitig geholfen werden, um Radikalisierungsprozesse zu unterbinden, die mitunter in dem Entschluss zur Ausreise münden können. Den Weg bis zur aktiven Teilnahme am syrischen Bürgerkrieg beschreiten die meisten jungen Menschen über die salafistische Szene. Dabei gilt, dass bei Weitem nicht jeder, der der salafistischen Lesart des Islams folgt, Pläne hat, nach Syrien auszureisen. Nach Angaben des Verfassungsschutzes gibt es insgesamt etwa 6000 Salafisten in Deutschland. Zum Zeitpunkt des Entstehens dieses Artikels sind rund 400 Jugendliche und junge Erwachsene aus Deutschland nach Syrien ausgereist, um dort an Kampfhandlungen teilzunehmen. Trotz des zahlenmäßig geringen Anteils spielt das Thema Syrien innerhalb der salafistischen Szene gegenwärtig eine große Rolle, weshalb sie unter anderem in den Fokus der deutschen aber auch europäischen Präventionsbemühungen geraten ist.

Erfolgreiche Präventionsarbeit muss in der Lage sein, die Attraktivität des Salafismus für Jugendliche und junge Erwachsene einzudämmen. Gemessen an diesem Anspruch wird schnell deutlich, dass Salafismusprävention nicht alleinige Aufgabe der Sicherheitsbehörden sein kann, sondern gesamtgesellschaftliches Engagement auf unterschiedlichen Ebenen erfordert. Denn in Radikalisierungsprozessen spielen nicht nur die salafistische Ideologie, sondern auch Fragen der Ausgrenzung, Diskriminierung und Identitätsfindung eine maßgebliche Rolle.

In diesem Beitrag soll, aufbauend auf einigen theoretischen Überlegungen zur Prävention, zunächst eine cursorische Übersicht einiger gegenwärtiger Präventionsbemühungen seitens der deutschen Sicherheitsbehörden gegeben werden. In

1 | Die in dem Artikel dargestellten Beratungsfälle sind fiktiv, Ähnlichkeiten zu realen Fällen daher zufällig. Die vertretenen Positionen repräsentieren die persönliche Meinung der Autoren und spiegeln nicht automatisch die Ansichten der Behörden bzw. Institutionen, für die sie tätig sind, wider.

einem zweiten Teil wird thematisiert, wie im Vergleich dazu die Präventionsarbeit eines zivilgesellschaftlichen Trägers funktioniert und wo Möglichkeiten und Grenzen in der Kooperation mit Sicherheitsbehörden liegen.

2. THEORETISCHES ZUR PRÄVENTION

Da der Begriff Prävention in verschiedenen Sachzusammenhängen verwendet wird, gilt es zunächst zu klären, wem oder was genau präventiv begegnet werden soll. In diesem Fall geht es um das Verhindern, Aufhalten oder gar Umkehren von Radikalisierungsprozessen im Sinne einer Hinwendung zu extremistischen Denk- und Handlungsweisen, welche islamisch-religiös gerechtfertigt werden (Auer 2013: 8).

Die meisten Studien verstehen Radikalisierung als einen Prozess, der individuell bedingt verschiedene Ursachen haben kann, in unterschiedliche Richtungen verlaufen, kurzfristig stoppen oder aber im Extremfall in der Ausübung von Gewalt enden kann (Staun/Veldhuis 2009; Eckert 2013). In kaum einem Fall verläuft eine Radikalisierung linear, d.h. mit einem klar definierten Start- und Endpunkt. Die verschiedenen (sozialen, ökonomischen, kulturellen, ideologischen, psychologischen etc.) Ebenen einer Radikalisierung sowie der Zeitpunkt einer Intervention spielen für die Präventionsarbeit eine wichtige Rolle. Daher gilt es jeden Fall individuell zu prüfen, um herauszufinden, an welcher Stellschraube angesetzt werden muss, um ein erfolgreiches Ergebnis zu erzielen.

Im Kontext extremistischer Radikalisierung werden drei verschiedene Arten der Prävention unterschieden (vgl. hierzu ausführlich Ceylan/Kiefer 2013: 111ff.).

A. Universelle bzw. Primärprävention

Hierunter werden Maßnahmen verstanden, die allgemein darauf abzielen, Jugendliche gegenüber radikalen Ideologien zu sensibilisieren, ohne dass dabei eine bestimmte Zielgruppe im Fokus steht. Dementsprechend breit ist das Feld von Initiativen, welche in dieser Kategorie gefasst werden können. Sie reichen von demokratiefördernden und interkulturellen Projekten über Workshops zur Förderung der eigenständigen Urteilsbildung und der Toleranz sowie Akzeptanz von divergierenden Meinungen bis hin zu Veranstaltungen zur Aufklärung über extremistische Ideologien. Um die Zielgruppen nicht als Risikogruppen negativ zu konnotieren, sind positiv besetzte Begriffe wie »Förderung« oder »Stärkung« dem Präventionsbegriff vorzuziehen (Deutsche Islamkonferenz 2012: 3).

B. Selektive bzw. Sekundärprävention

Diese Form der Prävention beschäftigt sich mit Gruppen oder Individuen, welche bereits bestimmte Risikofaktoren bezüglich einer bevorstehenden Radikalisierung aufweisen. Ferner kann hier zwischen direkter und indirekter Prävention unterschieden werden. Während bei der direkten Prävention mit den Betroffenen selbst gearbeitet wird, ist mit indirekter Prävention die Schulung von denjenigen Akteuren gemeint, welche die direkte Prävention durchführen (so genannte Multiplikatoren). Auch die Angehörigenberatung ist eine Art der indirekten Sekundärprä-

vention (Ceylan/Kiefer 2013: 112). Ein Beispiel hierfür ist die unten beschriebene Beratungsstelle Radikalisierung.

C. Indizierte bzw. Tertiärprävention

Hierbei fokussiert man sich auf Personen, die bereits angefangen haben, sich zu radikalisieren und versucht ihnen dabei zu helfen, sich wieder aus der extremistischen Szene zu lösen. Daher spricht man in diesem Zusammenhang auch oft von Deradikalisierung. Dabei gilt es die Begriffe Deradikalisierung und Disengagement (Loslösung) zu unterscheiden. Während Deradikalisierung die tatsächliche Abkehr von extremistischem Gedankengut bezeichnet, bedeutet Disengagement in diesem Zusammenhang lediglich das Abschwören von Gewalt ohne eine ideologische Neuorientierung. Bei der Formulierung der Ziele eines Projektes ist diese Unterscheidung durchaus bedeutsam, da sie Auswirkungen auf die Wahl der Partner haben kann. Ist das vorrangige Ziel der Gewaltverzicht, ist es theoretisch möglich, mit nicht-gewaltbereiten Akteuren aus dem islamistischen Spektrum zusammenzuarbeiten, da diese häufig die einzigen Personen sind, welche stark radikalisierte Jugendliche noch erreichen. Als Beispiel kann das britische STREET-Projekt genannt werden, bei dem Jugendliche von Predigern aus dem salafistischen Milieu davon abgehalten werden sollen, terroristische Aktivitäten zu entfalten. Unter der Regierung Cameron wurde das Projekt jedoch nicht weiter staatlich finanziert, da keine »extremistischen Ansichten« gefördert werden sollten (Casciani 2011). Den Autoren ist zudem bekannt, dass auch im deutschen zivilgesellschaftlichen Bereich stellenweise mit nicht gewaltbereiten salafistischen Predigern kooperiert wird, wenn es darum geht, Jugendliche von der Ausreise nach Syrien abzuhalten. Liegt das Ziel jedoch darin, die radikalen Ansichten einer Person langfristig zu ändern, wäre die Einbeziehung islamistischer Akteure sicherlich kontraproduktiv. Ebenso fokussiert sich Deradikalisierung vorrangig auf Personen, bei denen eine reale Chance gesehen wird, dass sie den Weg aus dem extremistischen Milieu finden. Langjährige »Chefideologen« werden ihr Denken wohl kaum wieder ändern, dennoch können die staatlichen Behörden ihnen verdeutlichen, dass das Befürworten oder gar die Anwendung von Gewalt nicht toleriert wird. So formuliert z.B. der dänische Nachrichtendienst PET Disengagement als Ziel in seinem Antrag auf EU-Förderung (European Commission 2008: 24).

Die Frage ist, welche Akteure in welchen Bereichen aktiv sind bzw. aktiv sein sollen. Schon 2008 stellten Yousiff Meah und Colin Mellis vom britischen RecoRA Institute fest: »Radikalisierte Jugendliche, die mit der dschihadistischen Ideologie flirten, können nicht mehr durch interkulturelle, für gegenseitiges Verständnis werbende Veranstaltungen erreicht werden, jedoch stellen sie (noch) kein so großes Sicherheitsrisiko dar, als dass die Sicherheitsbehörden auf sie aufmerksam werden sollten.« (2008: 32). Daher soll im nächsten Kapitel zunächst eine kurze Übersicht verschiedener Initiativen seitens der deutschen Verfassungsschutzbehörden und ihrer Verflechtung mit anderen Partnern erfolgen.

3. PRÄVENTIONSARBEIT DER VERFASSUNGSSCHUTZBEHÖRDEN

Im Zuge der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes nach Aufdeckung der NSU-Mordserie fielen oftmals Schlagworte wie »Transparenz«, »Offenheit« und »Kooperation« (vgl. Landesamt für Verfassungsschutz Hessen 2012). Als Dienstleister für die Demokratie soll der Verfassungsschutz als kompetenter Ansprechpartner für die Öffentlichkeit dienen und so das Image einer nebulösen Institution von Schlapphutträgern verlieren. Einige der Hauptbestandteile der Neuausrichtung sind daher eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit sowie ein aktiveres Engagement im Bereich der Prävention.

Wie bereits angemerkt, stellt sich die Frage, in welchem Bereich der Prävention (primär, sekundär, tertiär) die Sicherheitsbehörden aktiv sind bzw. sein sollen. Eine Analyse der gegenwärtigen Präventionsbemühungen zeigt, dass sich der Großteil der Maßnahmen im Bereich der Primär- und Sekundärprävention befindet. Hierbei ist ein Ost-West-Gefälle bezüglich der Menge an Maßnahmen im Bereich der Salafismusprävention zu beobachten. Dies liegt an dem geringeren »salafistischen Personenpotenzial« in den neuen Bundesländern und dem dortigen Fokus auf der Prävention des Rechtsextremismus. Neben Podiumsdiskussionen und Ausstellungen, die an die allgemeine Öffentlichkeit gerichtet sind, gibt es vor allem zielgruppenspezifische Aufklärung. So gibt es in fast allen Bundesländern Fortbildungsveranstaltungen im Bereich Salafismus für Mitarbeiter der Polizei, des Justizvollzugs, der Bundeswehr und kommunaler Behörden aber auch für Lehrer und Sozialpädagogen. In Bremen wird z.B. jedes Jahr der gesamte Jahrgang der Polizeirekruten in einem mehrstündigen Seminar über die Hintergründe und gegenwärtigen Dynamiken der deutschen salafistischen Szene geschult. Darüber hinaus gibt es auch einige weiter reichende Kooperationen mit anderen Behörden und zivilgesellschaftlichen Trägern, von denen an dieser Stelle drei Beispiele genannt werden sollen.

Unter der Prämisse »Verfassungsschutz durch Aufklärung« begann das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) Brandenburg 2009 in Zusammenarbeit mit der Landesintegrationsbeauftragten die sogenannten »Regionalen Sicherheitsdialoge«. Das Ziel lag dabei auf der Verbindung von Präventionsarbeit mit der Vermittlung interkultureller Kompetenz. Zielgruppe dieser Sensibilisierung waren sowohl die Landes- und Kommunalverwaltung wie auch die Zivilgesellschaft Brandenburgs. Nach einer Evaluierung wurde das Konzept überarbeitet, wobei der Bereich Salafismus deutlich vertieft und die Fortbildung um das Thema Islamfeindschaft erweitert wurde. Bisher haben 1306 Personen an den Fortbildungen teilgenommen (Land Brandenburg Ministerium des Innern 2013: 3-4).

In Baden-Württemberg war das LfV zusammen mit der Landeszentrale für politische Bildung (LpB) und dem zivilgesellschaftlichen Verein »ufuq.de« an der Entwicklung und Konzeption des Programms »Team meX – Mit Zivilcourage gegen Extremismus« beteiligt. Dabei handelt es sich um modular aufgebaute Fortbildungen für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit. Das Projekt will Jugendliche vor extremistischem Gedankengut schützen und verhindern, dass sie in die extremistische Szene abrutschen (vgl. Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg 2014). Dafür wurden durch das LfV und die LpB für den Einsatz an Schulen und darüber hinaus Teams ausgebildet, die im Land am jeweiligen Bedarf orientierte Aufklärungsveranstaltungen durchführen. »Team meX« wird

von einem Fachbeirat mit 24 Mitgliedern aus den vier Landtagsfraktionen, vom Staatsministerium, Innenministerium und Kultusministerium sowie von Verbänden und Vereinen begleitet und von der Baden-Württemberg-Stiftung gefördert.

Das bislang größte Präventionsprogramm im Bereich Salafismus auf Länderebene existiert in Nordrhein-Westfalen. Dort war ein Programm zur Ausstiegshilfe für Islamisten Teil der Koalitionsvereinbarung von 2012. Nicht zuletzt die gewaltsamen Ausschreitungen zwischen Polizisten und Teilen der salafistischen Szene während des Wahlkampfs der Partei »Pro NRW«, dürften hierfür die Antriebsfeder gewesen sein. Den Auftrag zur Umsetzung des Projekts erhielt dabei das LfV. Offizieller Start des Programms »Wegweiser« war die Pressekonferenz des Innenministeriums Nordrhein-Westfalen am 24. März 2014 (General-Anzeiger, 27.3.2014: »Vorbeugen gegen militanten Salafismus«). Ausgehend von drei Trägervereinen in den Städten Bochum, Bonn und Düsseldorf sind insgesamt sechs Betreuer für »Wegweiser« tätig, weitere Stellen sind in Planung. Diese Betreuer dienen als Ansprechpartner für Angehörige von Personen, die sich eventuell radikalieren, und sollen über Kontakte zu verschiedenen Ämtern, Moscheevereinen, freien Trägern und Sozialverbänden individuell angepasste Problemlösungen anbieten. »Wegweiser« ist somit streng genommen kein klassisches Ausstiegsprogramm, sondern versucht, Jugendliche und junge Erwachsene schon frühzeitig vor dem tieferen Abtauchen in die salafistische Szene zu bewahren. In der Regel bleibt es den Betreuern vorbehalten, in welche Einzelfälle sie das LfV einbeziehen. Dem Verfassungsschutz wiederum obliegen die Rollen des Initiators, Koordinators und Finanziers von »Wegweiser«. Inwieweit dies für den Erfolg oder Misserfolg des Projektes eine Rolle spielt, kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht beantwortet werden.

Wegen der föderalen Struktur gleicht die Präventionsarbeit im Bereich Salafismus in Deutschland bisher einem Flickenteppich. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten gibt es kein bundesweit einheitliches Konzept (vgl. Nordbruch 2013; Vidino 2013: 26), sodass in den verschiedenen Ländern unterschiedliche Methoden und Maßnahmen in diesem Bereich existieren. Mit Beschluss der 198. Ständigen Konferenz der Innenminister sollen unter der Federführung von Hessen die Erfahrungen der bisherigen Präventionsbemühungen zusammengefasst und analysiert werden, um Vernetzungsmöglichkeiten auszuloten, Best Practice-Modelle zu erkennen und begangene Fehler nicht zu wiederholen. Derzeit erarbeitet das Hessische Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) ein Präventionsprogramm gegen Salafismus (Hessisches Ministerium des Innern und für Sport 2013). Hierbei gilt es ebenfalls zu klären, wie das Verhältnis zukünftiger Maßnahmen auf Länderebene mit der Beratungsstelle Radikalisierung, dem Präventionsangebot des Bundes, gestaltet werden soll.

4. BERATUNGSSTELLE RADIKALISIERUNG

Mit Beginn des Jahres 2012 nahm beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die Beratungsstelle Radikalisierung ihre Arbeit auf. Die Mitarbeiter beraten telefonisch Angehörige von jungen Erwachsenen oder Jugendlichen, die möglicherweise der salafistischen Ideologie anhängen. Hier werden erste Hinweise und Hilfestellungen gegeben, und bei Mehrbedarf wird an einen der vier lokalen Kooperationspartner bundesweit weitervermittelt. Die bei den lokalen Kooperationspartnern an-

sässigen Mitarbeiter bringen Erfahrung in der Angehörigenberatung im Bereich Rechtsextremismus und islamischer Extremismus mit, sind aber grundsätzlich multidisziplinär aufgestellt. Die freien Träger vor Ort kommen aus den Bereichen Demokratieförderung, Migrationsarbeit, Ausstiegshilfe, Deradikalisierung und Jugendhilfe. Die Mitarbeiter, die in der Angehörigenberatung arbeiten, werden durch das Bundesinnenministerium finanziert. Der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit in Bremen ist zum Beispiel als so genannter »Partner vor Ort« norddeutscher Teil des Konstrukts, weil er sich in den vergangenen 20 Jahren bereits einen Namen im Bereich der Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen gemacht hat (vgl. Endres 2014).

Während die Anrufer beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nicht anonym bleiben können, sind die freien Träger in der Lage, mit den Betroffenen anonym zu arbeiten, solange keine Sicherheitsrelevanz besteht und die Mitarbeiter nicht in die Situation der Anzeigepflicht kommen. Gemäß §138 StGB besteht eine bürgerliche Anzeigepflicht für jeden, der von dem Vorhaben oder der Ausführung bestimmter schwerer Straftaten weiß. Diese Anzeigepflicht wird dem Beratungsnahmer zu Beginn jeder Beratung verdeutlicht.

Angehörige, Lehrer, Freunde oder Sozialarbeiter melden sich bei der Beratungsstelle Radikalisierung in Nürnberg, die Mitarbeiter der Partner in den einzelnen Städten werden oft durch Dritte empfohlen oder der Kontakt wird durch Sicherheitsbehörden weitervermittelt. Gerade Angehörige von Konvertiten melden sich zunehmend bei Sicherheitsbehörden, was vor allem allgemeiner Verunsicherung zuzuschreiben ist. Besonders die Causa Syrienkonflikt, und wer dort eigentlich gut und wer böse ist, wird von den Heranwachsenden in Gegenwart ihrer Eltern immer öfter thematisiert und sorgt teilweise für massivste Verunsicherung. Sind Sicherheitsbehörden einbezogen, führt das bei deren Vertretern dann unter Umständen zu einer »Obacht!«-Reaktion, die jedoch den Ängsten der Angehörigen nicht immer entgegenwirkt. Im heimischen Umfeld ist es allerdings meist nur jenes kontroverse Thema, an dem geprüft wird, wie die Eltern »drauf« sind, und dies fungiert dann schlicht als Gretchenfrage in einem Prozess des flügge Werdens.

Die Beweggründe Jugendlicher in Deutschland, sich im Bereich Salafismus zu radikalisieren, sind mitnichten monokausal fehlender Integration und Möglichkeiten der Teilhabe zuzuschreiben. Das zeigt zum jetzigen Zeitpunkt sowohl die Erfahrung aus der Beratungsarbeit als auch eine Betrachtung der Stakeholder jener noch sehr jugendlichen Szene. Die charismatischen und rhetorisch gewitzten Internetprediger, die soziopsychologisch begabten Alphatiere, der naive Idealist oder der engagiert missionierende Gutmensch – man greift oft ins Leere, wenn man nur punktuell Beweggründe, biografische Ereignisse oder schlicht fehlende Integration als Radikalisierungsmotiv aufdecken will. Sie alle »funktionieren« in einem System, das sie sich bewusst ausgesucht haben, weil es für sie Sinn ergibt und weil sie diesen Sinn erkennen können.

5. ANGEHÖRIGENBERATUNG – MULTIPROFESSIONELL UND INTERDISZIPLINÄR

Die Beratung von Angehörigen und anderen Schlüsselpersonen im persönlichen Umfeld des Gefährdeten kann und darf als Konsequenz aus oben genannten Zusammenhängen von Adoleszenz, Familiensystem und Gesellschaft nur einem systemischen Ansatz folgen. Einem systemischen Ansatz zu folgen, bedeutet interdisziplinär zu Grunde zu legen, dass jede Art von Phänomen in komplexen Systemen entsteht und dass Veränderungen des Systems auch zu Veränderungen des Phänomens führen (vgl. Luhmann 2012). Systemische Methoden der Beratungsarbeit stellen darüber hinaus eine nützliche Sammlung von Werkzeugen dar, die sich immer wieder bewähren. Systemische Werkzeuge dienen der Kartierung sozialer Systeme. Sie beleuchten Beziehungen, Hierarchien, Rollenvorstellungen, Eigenwahrnehmungen u.v.m. sowohl für die Augen des Beraters als auch für den Beratungsnehmer. Damit decken sie Sinnsysteme auf, machen dem Beratungsnehmer klar, was mit der Zuwendung zur salafistischen Szene bewirkt wird, und führen im Allgemeinen sehr schnell eine Erkenntnis herbei, nämlich vor allem die, dass nicht einfach die Salafisten daher kamen und den jungen Erwachsenen vereinnahmten, sondern dass bereits ein Vakuum da war. Das Sinn- und Kontrollfähigkeitsvakuum wurde mit salafistischen Antworten und Idealen scheinbar passgenau aufgefüllt, die nun oft nicht mehr nur noch Füllmasse, sondern vielmehr Traggerüst einer Persönlichkeit geworden sind. Beispiele für Beratungsfälle, bei denen die Arbeit mit einem Familienbrett oder an einer biographischen Zeitschiene zu einem erheblichen Erkenntnisgewinn und einer Verhaltensänderung seitens der Beratungsnehmer führten, gibt es bereits zahlreich.

Ein ganz klassisches Fallbeispiel stellt sich so dar: Beraten werden eine Mutter und ihre Tochter (beide katholisch) mit mitteleuropäischem Migrationshintergrund in Bezug auf ihren Sohn bzw. Bruder, der konvertiert ist und ein glühender Anhänger der salafistischen Ideologie wurde. Den beiden wird beim Positionieren von Holzfiguren, die die Familienmitglieder darstellen, klar: Der junge Mann, dessen Vater irgendwo lebt und alkoholkrank ist, will eigentlich schon seit langem die Rolle des Familienbeschützers übernehmen und verzweifelt an dieser sich selbst gestellten Aufgabe. Einerseits kommt er nicht an der Mutter vorbei, die diese Funktion immer noch trägt, andererseits lässt seine Schwester nicht zu, dass ihr jüngerer Bruder ihr vorschreiben können soll, wann sie nach Hause kommt oder mit wem sie ausgeht. Zudem erkennt der junge Mann voller Verzweiflung immer mehr Wesenszüge seines »gescheiterten« Vaters bei sich selbst (dieser Vaterkonflikt stellt sich übrigens als äußerst häufiger Faktor bei jungen Männern im Salafismus dar). Die erste und wichtigste Konsequenz ist nun, dass die beiden Beratungsnehmer in der Folge sich nicht mehr am vorschreibenden Verhalten des jungen Mannes aufreiben, sondern durch die Erkenntnis, dass er nicht Macht sondern Schutz ausüben will, nicht mehr offensiv sondern defensiv, dankbar und verständnisvoll reagieren. Dabei spielt die unmittelbar kommunizierte Reaktion auf das Verhalten die entscheidende Rolle. Was die Schwester dann am Ende von ihren Plänen trotzdem einfach umsetzt, ist zunächst nicht relevant und stellt sich oft am Ende als unproblematisch heraus, denn die wichtige Botschaft war: »Wir wertschätzen deine Sorge«.

Gerade bei Angehörigen von jungen Erwachsenen, die sich in Syrien, auf Seminaren im Ausland oder auf Pilgerreise befinden, ist »Kommunikationscoaching«,

also die Arbeit an Gesprächssituationen im Vor- oder Nachhinein oder sogar live im Hintergrund, eine häufige Form der Beratungsarbeit. Oft sind die jungen Erwachsenen auch nur noch sporadisch zu Hause, scheinbar nur um Wäsche zu waschen oder Ähnliches. Ein Hintergrund dieser Besuche ist jedoch auch, den Kontakt insbesondere zur Mutter nicht abbrechen zu lassen. Allerdings wird das so nicht eingestanden. Die Beratungsnehmer sind sich meist nicht bewusst, was sie bewirken können, wenn sie andere Botschaften aussenden als die gewohnten. Sie sind ganz im Gegenteil oft der festen Überzeugung, sie hätten auf der Ebene schon alles versucht und würden auch stets unterschiedlich kommunizieren. In der Realität erkennt der Außenstehende (Berater) schnell wiederkehrende Muster der Kommunikation, die immer wieder zum selben ernüchternden Ergebnis führen. An dieser Stelle wird eine besonders eindrucksvolle Spielart salafistischer Einflüsse deutlich: Die Reaktion der Familienmitglieder auf die Äußerungen der jungen Erwachsenen wird nämlich unter ihren »Brüdern« unentwegt neu »prophezeit«. – »Deine Eltern werden Dir widersprechen, und daran kannst Du erkennen, wie dumm Kuffar (arab. despektierlich für »Ungläubige«) sind!« – Mit dem Eintreten dieser (hellseherisch nicht allzu originellen aber trotzdem beeindruckenden) Prophezeiung wird die eigene Marschrichtung in ihrer Richtigkeit bestätigt und der Wahrheitsanspruch salafistischer Ideologie unterstrichen. Es lässt sich immer wieder gut beobachten, wie sich innerhalb dieses Systems effektiv des Handelns und Reagierens der Angehörigen bedient wird. Durch ein oft sehr simples Ändern eingefahrener Kommunikationsmuster wird diese Funktion unterbrochen. Äußerungen, die nicht unmittelbare Reaktion auf geäußerte Provokationen sind, sondern zum Beispiel ungewohnt deutlich die Bedeutung des Verlustes des Sohnes und seine Rolle und Unverzichtbarkeit in den Vordergrund stellen, können nun schnell große Wirkung erzeugen.

Der Begriff des »Compliance Management« wird zumeist in der Wirtschaft genutzt und beschreibt so etwas wie ein Elastizitätsbewusstsein für Betriebe. An dieser Stelle soll er für ein großes Feld der Beratungsarbeit genutzt werden, in dem es darum geht, Bewusstsein zu schaffen. Viele Beratungsnehmer (oder auch ihre Zöglinge) haben einen psychotherapeutischen Bedarf und sind dadurch entscheidend gehemmt, Entwicklungen ihres Kindes positiv zu beeinflussen. Ziel der Beratung ist es dann zunächst, hierfür Bewusstsein und Anerkennung zu initiieren, damit von anderer Seite therapeutisch gearbeitet werden kann. Diese Form der Beratungsarbeit bedeutet das Austarieren des bereits Akzeptierten und neu zu Akzeptierenden. Dabei wird quasi versucht, einen Prozess der Anerkennung zu managen. Bewusstsein und Anerkennung entstehen aber nicht nur bezüglich therapeutischer Bedarfe in solchen Beratungsprozessen, sondern auch bezüglich der eigenen Verantwortung und Einflussmöglichkeiten, dichotomer Situationswahrnehmungen oder der Wertschätzung kleiner Erfolge der Deradikalisierung. Unter dem Begriff des Compliance Management ist im Übrigen auch der wichtige Prozess des »Empowerments« zu subsumieren. Empowerment bedeutet, vorhandene Ressourcen der Beratungsnehmer sichtbar, einschätzbar und nutzbar zu machen und Gefühle von Machtlosigkeit zu überwinden.

Nicht nur Konfliktsituationen zwischen den Beratungsnehmern und den Problem bereitenden jungen Erwachsenen, sondern auch jene zwischen Angehörigen und Dritten, die eine entscheidende Rolle im System spielen, bedürfen oft der »Mediation«, damit der nötige harmonische Raum für eine Deradikalisierung entsteht.

Es geht darum, gemeinsame Ziele herauszuarbeiten und den Fokus von Uneinigkeiten oder alten Konflikten abzuleiten. Dabei werden kleinere Meinungsverschiedenheiten genau wie langfristig schwelend Unausgesprochenes thematisiert. So manches stellt sich dabei als Triebfeder für eine Abkehr der jungen Erwachsenen von der Familie heraus, dessen Beseitigung nicht allzu viel Mühe kostet.

Die Netzwerkberatung ist fast immer eine entscheidende Komponente der Angehörigenberatung. Der Beratungsnehmer ist hierbei einerseits der Angehörige, dann wird das vorhandene soziale Netzwerk skizziert, und die einzelnen Personen werden in Bezug auf ihre derzeitige und mögliche zukünftige Rolle qualitativ eingeschätzt, oder man ordnet ihnen Aufträge zu. Andererseits sind im Zuge einer Netzwerkberatung auch die weiteren Akteure des Netzwerkes miteinziehbar, günstigstenfalls gibt es sogenannte Fallkonferenzen oder Runde Tische – im Besonderen dann, wenn auch Jugendamt, Schule oder Sicherheitsbehörden eine Rolle spielen oder spielen sollen.

Immer dann, wenn professionell mit den Betroffenen (den Radikalisierten oder den Angehörigen), arbeitendem Personal aus Schule, von sozialen Trägern, Jugendamt oder Sicherheitsbehörden beraten wird, spricht man gemeinhin von Fachberatung. Ihr ist im Bereich Salafismus ein besonders hoher Stellenwert einzuräumen. Durch gezielte Fachberatung wird erreicht, dass Multiplikatoren, die bereits einiges an Wissen mitbringen, durch ergänzendes Wissen zu Experten werden, ohne dass viel Aufwand betrieben werden muss. Die Erfahrung zeigt, dass Fachberatungen sehr positiv angenommen und im Nachhinein immer als äußerst hilfreich bewertet werden. Sie wird selten ein zweites Mal in Anspruch genommen, da Fachpersonal im Allgemeinen mit dem Erfahrenen gut weiterarbeiten kann. Fachberatung bedeutet zunächst ein hohes Maß an Wissenstransfer, der Bedarf dafür wird zumeist sogleich deutlich formuliert. Dabei beschreiben die Mitarbeiter der Beratungsstelle zum einen klassische und spezifische Radikalisierungsprozesse, zum anderen wird auf den Einzelfall bezogen, was hier den Salafismus attraktiv macht. Im weiteren Verlauf werden gemeinsam mit den professionellen Akteuren (De-)Radikalisierungsprognosen erarbeitet.

Besonderes Merkmal der Beratungsstelle »kitab«, deren Träger der Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (VAJA e.V.) bei Jugendlichen in Bremen einen hohen Bekanntheitsgrad hat, ist eine verstärkte Gewichtung der Arbeit mit Jugendlichen selbst. Durch die Präsenz von Straßensozialarbeitern, die mit Jugendlichen arbeiten und fast das gesamte Bremer Stadtgebiet abdecken, genießen die Berater des Vereins bei Jugendlichen einen erhöhten Vertrauensbonus. In unterschiedlichster Form und mit unterschiedlichsten Bedarfsmerkmalen erreichen Jugendliche, die oft verunsichert und zunächst nur mit einem Bein in salafistischen Milieus unterwegs sind oder deren Freunde betroffen sind, die Beratungsstelle. Entscheidend für die Arbeit mit den Jugendlichen selbst ist der dem Verein zu Grunde liegende akzeptierende Ansatz, der in den neunziger Jahren für die Arbeit mit rechtsorientierten Jugendlichen entwickelt wurde. Auf salafistisch orientierte Jugendliche lässt sich der Ansatz zunächst bedingungslos übertragen, vor allem wenn man ihn in erster Linie als pädagogische Einstellung versteht. Dann bringt der Ansatz mit sich, dass man religiös übereifrigen Jugendlichen mit einer zunächst deren Einstellung akzeptierenden Haltung entgegentreten kann, was sie oft längere Zeit nicht mehr erfahren haben. In einem späteren Schritt können dann Einstellungsmuster beleuchtet und hinterfragt werden. Insbesondere eine fortwäh-

rende Kontrahaltung der Erwachsenenwelt hält Türen des gegenseitigen Zuhörens verschlossen und facht radikale Einstellungen weiter an, wohingegen ein akzeptierender Ansatz der Türöffner für eine Auseinandersetzung auf Augenhöhe ist.

6. SICHERHEITSBEHÖRDEN UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE TRÄGER

Sicherheitsbehörden sind entscheidende Ansprechpartner in vielen Fällen, sie können und sollen aber nicht den oben beschriebenen Beratungsservice im nötigen Umfang anbieten. Dies ist zum einen fehlenden fachlichen Ressourcen und zum anderen dem fehlenden Auftrag in Familienangelegenheiten geschuldet. Hier ist soziale Arbeit gefragt. Des Weiteren ergibt sich dies vor dem Hintergrund der Gefahren, die die Kriminalisierung einer gesamten Bewegung mit sich bringt, deren Handlungen nur zu einem kleinen Teil strafrechtlich relevant sind und deren Ursachen zunächst insbesondere im persönlichen und familiären Bereich zu suchen sind. Immer wieder gehen Eltern, teils aus verfrühter Verunsicherung, teils mit begründeter Sorge, zunächst zu den Sicherheitsbehörden, um sich Rat zu suchen. Viele aber und vermutlich bisher die meisten finden nicht den Weg zu Beratungseinrichtungen oder Präventionseinrichtungen der Sicherheitsbehörden, nicht nur weil die Angst besteht, schlafende Hunde zu wecken, sondern auch, weil sie zu Recht die Gefahr sehen, ihre Angehörigen zu kriminalisieren.

Sicherheitsbehörden stehen schnell unter dem Generalverdacht, Prävention vor allem mit dem Ziel der Erkenntnisgewinnung zu betreiben, und es fällt in der Tat schwer, sich eine Präventionsarbeit vorzustellen, die dann keine Vorurteile auslöst. Daher kann ein Präventionsauftrag in Form einer Beratungsarbeit nur an zivilgesellschaftliche Akteure allein oder an ein Konstrukt aus ihnen und den Sicherheitsbehörden vergeben werden. Hier stellt sich die Frage, wie viel Netzwerk verträglich, wie viel Netzwerk nötig und gut ist. Grundsätzlich gilt, dass zivilgesellschaftliche Träger nur im Nebeneinander mit Sicherheitsbehörden arbeiten können und dürfen, denn als zivilgesellschaftliche Akteure kristallisiert sich ihr Auftrag eben explizit an der Distanz zu staatlichen Institutionen heraus. Nur so können sie ein entscheidendes Gegengewicht im Dauerprozess des Aushandelns demokratischer Gemeinschaft sein.

An selber Stelle muss gefragt werden, ob es nicht Sinn ergibt, auch »Grenzposten« in eine Präventionsarbeit einzubinden, deren anspruchsvoller Auftrag darin besteht, Freiheit zu bewahren, indem sie bestimmte Grenzen überwachen. Gute Netzwerkarbeit sollte hier nicht haltmachen, sondern stattdessen im Blick haben, an welchen Eckpfeilern Netzwerke fixiert werden können. Ein reines Nebeneinander wäre vielleicht auch wenig förderlich, zu Zeiten, in denen sich Sicherheitsbehörden Forderungen nach mehr Transparenz, Offenheit und Kooperation stellen müssen, um eben jene Demokratie nicht zu schwächen, die von ihnen geschützt werden soll. Aber vor allem muss es darauf ankommen, im Gespräch zu sein, um einen multiperspektivischen Blick auf Entwicklungen einer extremistischen Szene zu behalten. Miteinander an einem Präventionsauftrag zu arbeiten, darf andererseits nicht heißen, dass Grenzen des beidseitigen Erkenntnistransfers verschwinden, sondern kann im Gegenteil nur funktionieren, wenn scharfe Grenzen sehr deutlich, offen und transparent gesetzt und eingehalten werden. Diese scharfe Grenzziehung und deren Transparenz sind der entscheidende Auftrag und die

Chance sowohl für zivilgesellschaftliche Träger als auch für Sicherheitsbehörden und können damit zum Schutz der freiheitlich demokratischen Grundordnung beitragen, die durch salafistisches Engagement unter Umständen in Gefahr gerät.

LITERATUR

- Auer, Andreas (2013): »Antiradikalisierung: Mit Peitsche, Zuckerbrot und Unvermögen«, in: ADLAS 7/4 (2013), S. 7-13.
- Casciani, Dominic (2011): »Preventing Violent Extremism: A Failed Policy?«, in: BBC News, 7.6.2011.
- Ceylan, Rauf und Michael Kiefer (2013): Salafismus. Fundamentalistische Strömungen und Radikalisierungsprävention. Wiesbaden.
- Deutsche Islamkonferenz (2012): »Zwischenbericht über die Arbeit der Arbeitsgruppe ›Präventionsarbeit mit Jugendlichen‹.
- Eckert, Roland (2013): »Radikalisierung – Eine soziologische Perspektive«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013), S. 11-17.
- Endres, Florian (2014): »Die Beratungsstelle ›Radikalisierung‹ im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge«, in: Journal Exit-Deutschland 1 (2014), S. 1-12.
- European Commission (2008): Prevention of and Fight Against Crime 2008 Action Grants.
- Hessisches Ministerium des Innern und für Sport (2013): Salafisten-Nachwuchs in hessischen Schulen rekrutiert, 8.11.2013.
- Land Brandenburg, Ministerium des Innern (2013): Zweiter regionaler Sicherheitsdialog Integration, Ausländerfeindlichkeit und islamistischer Extremismus.
- Landesamt für Verfassungsschutz Hessen (2012): Neuausrichtung des Verfassungsschutzes.
- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (2014): Das Teilprojekt ›Prävention‹.
- Luhmann, Niklas (2012): Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt a.M..
- Meah, Yousiff und Colin Mellis (2008): Recognising and Responding to Radicalisation. Considerations for Policy and Practice Through the Eyes of Street Level workers, in: RecoRA.
- Nordbruch, Götz (2013): Überblick zu Präventionsprogrammen im Kontext »islamischer Extremismus« im europäischen Ausland.
- Staub, Jørgen und Tinka Veldhuis (2009): Islamist Radicalisation: A Root Cause Model.
- Vidino, Lorenzo (2013): »Deradikalisierung durch gezielte Interventionen«, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 63 (2013), S. 25-1732.